

# Hubert Aiwanger fordert neuen Politikstil

FW-Bundesvorsitzender besuchte Unterreiner Forstgeräte GmbH in Buch – Anregende Diskussionsrunde

Von Johannes Schaffarczyk

**Buch.** Die Freien Wähler (FW) in Bayern haben sich einiges für die Landtagswahl im September vorgenommen: Sie wollen mitregieren und die politische Mitte stärken. Beim Besuch der Unterreiner Forstgeräte GmbH am Donnerstag diskutierte Hubert Aiwanger, FW-Bundesvorsitzender und Praktikumschef im Bayerischen Landtag, mit Vertretern aus Politik, Wirtschaft, Schulen und Vereinen.

Nach der Begrüßung durch die beiden Geschäftsführer Gert und Manuela Unterreiner ließ sich der Gast durch die Betriebsanlagen führen. Das ursprünglich Stammhamer Unternehmen hat sich inzwischen in der Gemeinde Julbach etabliert und seinen wirtschaftlichen Höhenflug fortgesetzt. Dank neuester IT-Technik zur automatischen Steuerung der Betriebsvorgänge können Kundenwünsche sehr schnell erledigt werden.

„Service ist die Grundlage unseres unternehmerischen Handelns, enge Kundenbeziehung das Geheimnis unseres Erfolges“, erläuterte Gert Unterreiner die Firmenphilosophie. „Um höchstmögliche Effizienz zu erreichen, führen wir im Lager fast vier Millionen Artikel und entwickeln neuartige, Zeit sparende und einfach zu bedienende Maschinen, die wir von Partnerunternehmen bauen lassen.“ Unterreiner Forstgeräte erzielte im vergangenen Jahr einen Umsatz von 16 Millionen Euro.

Hubert Aiwanger zeigte sich nach dem Betriebsrundgang von der Innovationskraft und dem Organisationsvermögen tief beeindruckt. „Die Holz- und Landwirtschaft sind Zukunftsbereiche, die ausgeklügelte Technik benötigen, um Arbeit zu leisten“, betonte er.

Beim anschließenden politischen Gespräch nahm der FW-Chef zu verschiedenen Themen wie folgt Stellung: Die Erbschaftsteuer lehnen die Freien Wähler als einzige politische Kraft der Mitte ab. „Sie schädern das Mittelstand und gehen abgessacht“, so Aiwanger. „Wer es erarbeitet und dafür Steuern entrichtet hat, darf nicht mehrfach vom Staat zur Kasse gebeten werden.“

Die Verkehrsinfrastruktur in manchen Teilen Deutschlands bezeichnete er als ungenügend („wie nach dem 2. Weltkrieg“). Das gelte auch für die Verkehrsverbindungen von A 94, B12 und B20 im Bereich des Chemiedreiecks.



Der FW-Chef Hubert Aiwanger (rechts) und Eckart Lampe, früherer stv. FW-Betriebsvorsitzender, waren beeindruckt von den vielen Maschinen in der Ausstellungshalle. Besonderes Interesse rief eine von der Unterreiner neu entwickelte Trommelsäge hervor, die erst seit kurzem auf dem Markt ist.

„Hier müsse schnellstens etw. was geschehen bei Straße und Schiene – gerade auch angesichts des ständig wachsenden Lkw-Verkehrs.“

In Anbetracht der Probleme bei Haupt- und Mittelschulen, denen die Schülerzahlen zugunsten der Realschulen und Gymnasien wegbrechen, sprach sich der FW-Chef für „regionale Bildungszentren“ aus. „Zentrale Lösungen, von oben verordnet, würden nichts bringen, weil die Probleme von Landkreis zu Landkreis unterschiedlich sein können. Das Problem müsse vor Ort unter Einbeziehung der Betroffenen in eigener Zuständigkeit gelöst werden.“

Auch über den Lern- und Leistungsdruck, der im Rahmen des Übertrittverfahrens in eine höhere Schule bei Kindern entsteht, wurde gesprochen. „Der Wechsel nach der 4. Klasse kommt zu früh“, sagte eine Schulleiterin. „Viel besser wäre ein gemeinsames Schulprogramm bis zur 6. Klasse und danach erst der Übergang.“ Aiwanger sieht das Problem, vornehm-



Gert Unterreiner (links) erklärt Hubert Aiwanger sein Unternehmen. Rechts Julbachs Bürgermeister Eimar Buchbauer. – Fotos: Jos

Was die Studienabschlüsse an den Hochschulen angeht, sagte der FW-Chef: „Der Bachelor ist ein Schmarh! Wir müssen wieder zum Diplom zurückkehren.“

Noch weitere Themen wurden angesprochen: Erhöhung der Lehrersalarien, Förderung von Sportsstättenbau, Anhebung der Ehrenamt-Pauschale, Breitbandausbau. „Wir Freien Wähler werden konsequent unseren Beitrag dazu leisten, damit die angesprochenen Probleme abgebaut oder zumindest Verbesserungen erreicht werden“, versprach Aiwanger.

In einem Exklusiv-Gespräch mit der PNP stellte er die grundlegenden Positionen der Freien Wähler dar. „Wir werden zwei Vollsbegehren – durchziehen: zur generellen Abschaffung der Studiengebühren und zur Wiedereinführung des neunstufigen Gymnasiums. Außerdem werden wir alle Kräfte mobilisieren, um eine Privatisierung der Wasserversorgung zu verhindern.“

Was die zukünftige parlamentarische Arbeit betrifft, will der Bundesvorsitzende der Freien Wähler den Politikstil verändern. „Wir müssen, wollen wir verloren gegangenes Vertrauen bei den Bürgern zurückgewinnen, weg von Parteigegenzick und Spezialisierung. Die Sacharbeit hat wieder im Fokus der Politik zu stehen. Ich verstehe nicht, warum man nicht eine Idee des politischen Gegners aufgreifen kann, wenn sie gut ist.“

Um eine Verbesserung des Politikklimas zu erreichen, will Aiwanger, falls seine Partei in der Regierungsverantwortung steht, mehr überparteiliche Zusammenarbeit verwirklichen. „Ich wünsche mir, dass sich alle demokratischen Parteien etwa alle vier bis sechs Wochen an einen Tisch setzen, um über Problemlösungen zu sprechen. Das setzt natürlich voraus, dass die CSU von ihrem hohen Ross der Besserwisserei herabsteigt.“

Im Übrigen glaubt der Parteichef nicht, dass die CSU mit den Freien Wählern im Bundesfall koalieren würde. „Eidgenossenarbeit“ zwischen unserer Grundwertüberzeugung und die CSU näher als jede andere politische Gruppierung. Wir haben auch politisch die größere gemeinsame Schnittmenge, da wir beide zur Mitte hin orientiert sind.“ Falls man doch zusammenkommen würde, was ist politisch überhaupt nicht machbar? „Die 3. Startbahn für den Münchner Flughafen und eine Donau-Staustufe.“